

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)**

- a) zu dem Antrag der Fraktion der SPD  
– Drucksache 17/5054 –

**Mit Transparenz und parlamentarischer Beteiligung gegen die Ausweitung von Rüstungsexporten**

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Gregor Gysi, Jan van Aken, Christine Buchholz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 17/5039 –

**Alle Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern stoppen**

- c) zu dem Antrag der Abgeordneten Katja Keul, Hans-Christian Ströbele, Agnes Malczak, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 17/5204 –

**Genehmigung für Waffenexporte bei Unzuverlässigkeit konsequent aussetzen**

#### **A. Problem**

Zu Buchstabe a

Deutsche Verpflichtung zu einer restriktiven Genehmigungspraxis bei Rüstungsexporten, frühzeitige Einbeziehung des Deutschen Bundestages, Kontrolle des Endverbleibs, Reduzierung der Exportgenehmigungen für Kleinwaffen, Verhandlungen über ein Waffenhandelsabkommen, völkerrechtlich bindende Richtlinien für Rüstungsexporte, Beibehaltung deutscher Standards bei europäischen Harmonisierungen, Abbau rüstungsindustrieller Kapazitäten.

Zu Buchstabe b

Vorlage eines Gesetzentwurfs zur Regelung des Verbots von Rüstungsexporten; Vermeidung der Verwendung deutscher Waffen zur Niederschlagung von Auf-

ständen und Protesten gegen autokratische Regimes und Menschenrechtsverletzungen in Ländern der arabischen Welt sowie von Kriegsgefahren.

Zu Buchstabe c

Aussetzung der Rüstungsexportgenehmigungen für die Firma Heckler & Koch GmbH bis zum Abschluss sämtlicher Strafverfahren, Mitteilung und Überprüfung der Einhaltung der Konditionen zukünftiger Waffenexportgenehmigungen.

## **B. Lösung**

Zu Buchstabe a

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/5054 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.**

Zu Buchstabe b

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/5039 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.**

Zu Buchstabe c

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/5204 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.**

## **C. Alternativen**

Zu den Buchstaben a bis c

Keine.

## **D. Kosten**

Zu den Buchstaben a bis c

Kosten wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 17/5054 abzulehnen,
- b) den Antrag auf Drucksache 17/5039 abzulehnen,
- c) den Antrag auf Drucksache 17/5204 abzulehnen.

Berlin, den 11. Mai 2011

### **Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie**

**Ernst Hinsken**  
Vorsitzender

**Erich G. Fritz**  
Berichtersteller

## Bericht des Abgeordneten Erich G. Fritz

### I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Antrag auf **Drucksache 17/5054** wurde in der 99. Sitzung des Deutschen Bundestages am 24. März 2011 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie an den Auswärtigen Ausschuss, den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Antrag auf **Drucksache 17/5039** wurde in der 97. Sitzung des Deutschen Bundestages am 18. März 2011 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie an den Auswärtigen Ausschuss und den Verteidigungsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe c

Der Antrag auf **Drucksache 17/5204** wurde in der 99. Sitzung des Deutschen Bundestages am 24. März 2011 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie an den Auswärtigen Ausschuss, den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Die Fraktion der SPD möchte mit ihrem Antrag sicherstellen, dass die Genehmigungspraxis der Bundesregierung bei Waffenexporten weiterhin restriktiv gehandhabt wird. Die Umstrukturierung der Bundeswehr könnte den bereits großen deutschen Anteil am weltweiten Waffenexport weiter erhöhen. Nach den Politischen Grundsätzen seien Waffenexporte in Staaten, die weder der NATO noch der EU zugehörten und diesen auch nicht gleichgestellt seien, grundsätzlich restriktiv zu handhaben und dürften nur in Ausnahmefällen genehmigt werden. Angesichts sinkender Auftragseingänge seitens der Bundeswehr drängten Rüstungshersteller darauf, diese Grundsätze aufzulockern. Die Fraktion kritisiert insbesondere die mangelnde Parlamentsbeteiligung bei Genehmigungsverfahren, die Ankündigung der Bundesregierung, diese im Rahmen einer Entbürokratisierung beschleunigen zu wollen sowie die Genehmigung von Waffenexporten an Staaten, die dem VN-Kleinwaffenaktionsprogramm ablehnend gegenüberstehen. Die Fraktion der SPD fordert die Bundesregierung unter anderem auf,

- eine restriktive Genehmigungspraxis zu praktizieren, die eine Kultur der Zurückhaltung erkennen lasse;
- die Überlegungen der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE), den Deutschen Bundestag

frühzeitig in den Entscheidungsprozess über Rüstungsexporte einzubeziehen, umzusetzen;

- nicht industriepolitische Interessen zu bedienen, indem Exportrichtlinien aufgeweicht und Wettbewerbsvorteile verschafft werden.

Wegen der Einzelheiten wird auf Drucksache 17/5054 verwiesen.

Zu Buchstabe b

Die Fraktion DIE LINKE. kritisiert in ihrem Antrag den von Deutschland ausgehenden Waffenexport. In vielen Ländern der arabischen Welt hätten autokratische Herrscher den Protest der Bevölkerung brutal niedergeschlagen. Da die Bundesregierung allein im Jahre 2009 Rüstungsexporte im Wert von 1 064 956 424 Euro in die Staaten des Nahen- und Mittleren Ostens genehmigt habe, sei davon auszugehen, dass dabei auch deutsche Waffen eingesetzt wurden. Deshalb fordert die Fraktion DIE LINKE. die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen, in dem ein Verbot des Exports von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern geregelt wird.

Wegen der Einzelheiten wird auf Drucksache 17/5039 verwiesen.

Zu Buchstabe c

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kritisiert in ihrem Antrag den Export von Klein- und Leichtwaffen durch das Unternehmen Heckler & Koch GmbH. In den letzten Jahren seien Waffen dieses Unternehmens wiederholt in Herrschaftsgebieten von Despoten aufgetaucht. Derzeit führten die Staatsanwaltschaften Stuttgart und Hamburg Ermittlungsverfahren wegen des Vorwurfs einer Lieferung von G36-Sturmgewehren in vier mexikanische Unruheprovinzen unter Verstoß gegen Auflagen deutscher Regierungsstellen. Die Bundesregierung habe nun entschieden, bis auf weiteres keine Anträge von Heckler & Koch GmbH auf Waffenexporte zu bearbeiten, allerdings beschränkt auf das Zielland Mexiko. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert die Bundesregierung auf,

1. die Erteilung von Genehmigungen von Rüstungsexporten der Firma Heckler & Koch GmbH bis zum rechtskräftigen Abschluss sämtlicher Strafverfahren auszusetzen;
2. in Zukunft sicherzustellen, dass Umfang, Bedingungen sowie Einschränkungen von Waffenexportgenehmigungen dem Empfänger in geeigneter Weise mitgeteilt werden und die Einhaltung dieser Konditionen wirksam überprüft wird.

Wegen der Einzelheiten wird auf Drucksache 17/5204 verwiesen.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/5054 in seiner 37. Sitzung am 11. Mai 2011 beraten und

empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/5054 in seiner 85. Sitzung am 6. April 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag auf Drucksache 17/5054 in seiner 36. Sitzung am 6. April 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 17/5054 in seiner 34. Sitzung am 6. April 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 17/5054 in seiner 38. Sitzung am 11. Mai 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Zu Buchstabe b

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/5039 in seiner 37. Sitzung am 11. Mai 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/5039 in seiner 85. Sitzung am 6. April 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Zu Buchstabe c

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/5204 in seiner 37. Sitzung am 11. Mai 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/5204 in seiner 85. Sitzung am 6. April 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/

CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag auf Drucksache 17/5204 in seiner 36. Sitzung am 6. April 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 17/5204 in seiner 34. Sitzung am 6. April 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 17/5054 in seiner 38. Sitzung am 11. Mai 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

#### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat die Vorlagen auf Drucksachen 17/5054, 17/5039, 17/5204 in seiner 44. Sitzung am 11. Mai 2011 abschließend beraten.

Zu Buchstabe a

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE., dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/5054 zu empfehlen.

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE., dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/5039 zu empfehlen.

Zu Buchstabe c

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE., dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/5204 zu empfehlen.

Berlin, den 11. Mai 2011

**Erich G. Fritz**  
Berichterstatter





